

Japans Industrie droht Kan mit Abwanderung

cag. TOKIO, 15. Juli. Japans Industrie droht damit, Produktionsstätten in großer Zahl ins Ausland zu verlagern, wenn das Land – wie von Regierungschef Naoto Kan angekündigt – von der Atomenergie Abschied nehmen sollte und in Richtung erneuerbarer Energie umsteuert. Während das japanische Parlament in Tokio am Freitag mit den Beratungen zu einem Gesetz begann, das den Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien bis 2020 von derzeit 9 auf 13 Prozent steigern will, warnte der Vorsitzende des Verbands der japanischen Industrie, Hiroshima Yonekura, in Tokio vor den Folgen. „Einige Unternehmen könnten keine andere Wahl haben, als ihre Produktion ins Ausland zu verlagern“, sagte er und begründete das mit steigenden Energiekosten in Japan.

Kan, der am Mittwochabend gegen den Widerstand seines eigenen Kabinetts überraschend einen Ausstieg aus der Atomenergie verlangt hatte, bekräftigte sein Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energie bis 2020 sogar auf mehr als 20 Prozent zu steigern. Kans Aussagen zum Abschied von der Atomenergie sind nach Angaben des Regierungssprechers, Kabinetts-Staatssekretär Yukio Edano, aber nicht offizielle Regierungslinie. Einen Ausstieg Japans aus der Atomenergie gebe es nicht, sagte er. Der Regierungschef selbst habe am Freitag während der Kabinettsitzung eingeräumt, seine Bemerkungen zum Ende der Atomenergie auf einer Pressekonferenz am Mittwochabend seien „persönlich“ gewesen, sagte Finanzminister Yoshihiko Noda am Ende der Sitzung. Edano kündigte an, das Kabinett werde sich Anfang kommender Woche mit dem Thema beschäftigen und den energiepolitischen Kurs festlegen. Noda, der in den japanischen Medien als einer der möglichen Nachfolger Kans gilt, sagte, eine Entscheidung über Japans künftige Nutzung der Atomenergie dürfe „nicht zu hastig“ erfolgen. Kan steht seit Monaten unter dem Druck der Opposition und einflussreicher Gruppen der regierenden Demokratischen Partei, zurückzutreten. Dass nun auch Noda und Edano, zwei bisherige enge Vertraute, von Kan abdrücken, wurde in Tokio als Zeichen für die zunehmende Isolierung des Regierungschefs gedeutet. Nach Angaben der Regierung wird der Strom durch die Förderung der erneuerbaren Energien um 0,5 Yen je Kilowattstunde teurer. Das entspricht einer Steigerung um etwa 2 Prozent.



Rostrisiko: Das alte DDR-Atomkraftwerk Greifswald wird seit 1996 abgebaut.

Foto Jens Gyarmaty

ENBW zieht gegen Brennelementesteuer vor Gericht

Die Klagefront gegen die Brennelementesteuer steht: Nach RWE und Eon hat nun auch ENBW den Rechtsweg eingeschlagen – trotz grün-roter Landesregierung.

jja. BERLIN, 15. Juli. Der Energiekonzern ENBW klagt ebenfalls gegen die Steuer auf Brennelemente von Kernkraftwerken. Das gab der Vorstandsvorsitzende Hans-Peter Villis am Freitag in Karlsruhe bekannt. „Wir wollen an unseren ambitionierten Ausbauplänen im Bereich der erneuerbaren Energien festhalten“, erklärte Villis. „Die Umsetzung dieser Pläne ist aber auch davon abhängig, dass wir die dafür notwendigen Finanzmittel zur Verfügung haben.“ Die Kernbrennstoffsteuer belastet ENBW nach seinen Angaben jährlich mit einem dreistelligen Millionenbetrag. „Damit können wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien einen zusätzlichen Schritt nach vorne machen.“

Der Essener Versorgungskonzern RWE und sein Düsseldorfer Wettbewerber Eon hatten schon zuvor Klagen angekündigt (F.A.Z. vom 24. Juni). Die Energieversorger reagieren damit auf die Entscheidung der Bundesregierung, wegen des Unglücks im japanischen Atommeiler Fukushima aus der Kernenergie auszusteigen. RWE und Eon bereiten zudem Verfassungsklagen gegen die Energiegewende vor, weil sie in der erzwungenen Abschaltung ihrer Kraftwerke eine unzulässige Enteignung sowie eine Verletzung ihrer Berufsfreiheit sehen. Das Vorgehen von ENBW war jedoch noch unklar, weil das von der früheren schwarz-gelben Landesregierung in Stuttgart wieder verstaatlichte Unternehmen mittlerweile unter dem Einfluss eines grün-roten Kabinetts steht.

ENBW hat nun nach eigenen Angaben fristgerecht seine Steuererklärung abgegeben, weil zuvor in dem Reaktor Philippsburg 2 nach Abschluss einer Revision neue Brennelemente eingesetzt worden waren. Zuständig ist dafür das Hauptzollamt Karlsruhe. Anschließend will der Konzern vor dem Finanzge-

richt Freiburg klagen. Alle drei Versorger wollen die Grundsatzfrage aber möglichst schnell vom Bundesverfassungsgericht klären lassen und hoffen, dass das jeweilige Finanzgericht – spätestens aber der Bundesfinanzhof – die Fälle dort vorlegt. In Betracht käme auch eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof, falls eines der beteiligten deutschen Gerichte die Luxemburger Instanz anruft.

Wie zuvor RWE und Eon sieht auch ENBW eine Verletzung von Grundgesetz und Europarecht. So habe dem Bundestag die Zuständigkeit für die Einführung der Kernbrennstoffsteuer gefehlt, erklärte Villis unter Berufung auf externe Gutachter. Denn in Wirklichkeit handle es sich nicht um eine Verbrauchsteuer, sondern um eine „verkappte Ertragsteuer“. Außerdem verstoße die schwarz-gelbe Bundesregierung gegen eine Vereinbarung, die ihre schwarz-grüne Vorgängerin im Jahr 2001 mit der Energiewirtschaft getroffen habe. Darin habe sich die Politik verpflichtet, keine einseitigen Maßnahmen zu Lasten der Kernenergie zu treffen. Dies gelte nach

dem Wortlaut der Vereinbarung auch ausdrücklich für das Steuerrecht. Schließlich halten die Steuerrechtler der Branche die Abgabe für nicht vereinbar mit der Verbrauchsteuer- und der Energiesteuerrechtlinie der EU.

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler hat kürzlich das Festhalten an der Steuer verteidigt. „Die Gesetzesbegünstigung zur Brennstoffsteuer bezieht sich ausdrücklich nicht auf das Thema Laufzeitverlängerung“, sagte er dieser Zeitung. Daher halte er es für gerechtfertigt, bei dieser Steuer zu bleiben. Die Klagen bezeichnete der FDP-Vorsitzende als legitim: „Eine andere Frage ist, ob es von Erfolg gekrönt sein wird.“ Bereits durch das sofortige Abschalten von acht Reaktoren nimmt Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in diesem Jahr etwa 1 Milliarde Euro weniger Geld aus der Kernbrennstoffsteuer ein. Eingeplant waren ursprünglich insgesamt 2,3 Milliarden Euro jedes Jahr. Das Bundeskanzleramt hatte nach dem Ausstiegsbeschluss zunächst für deren Abschaffung plädiert. Dem widersetzten sich jedoch die FDP und auch Schäuble.

Kurze Meldungen

Staatsdefizit sinkt
Dank des steigenden Steueraufkommens und der wachsenden Wirtschaft werden das deutsche Staatsdefizit und die Schuldenlast bezogen auf die gesamtwirtschaftliche Leistung deutlich sinken. Das geht aus der aktualisierten Vorhersage des Bundesfinanzministeriums hervor. Danach wird der Anteil der öffentlichen Schulden am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 83,2 Prozent im vergangenen Jahr bis 2015 auf rund 71 Prozent sinken. Bei der Neuverschuldung wird für dieses Jahr ein Defizit von rund 1,5 Prozent erwartet. mas.

Vorstoß für EU-Ratingagentur
FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle hat einen Plan für eine europäische Ratingagentur ausgearbeitet, um die Marktmacht von Standard & Poor's, Moody's und Fitch zu begrenzen. „Wir brauchen mehr Wettbewerb durch die Gründung einer unabhängigen und privat finanzierten EU-Ratingagentur“, schreibt er laut „Handelsblatt“ in einem Papier zur Regulierung der Institute. „Das Vertrauen auf die Aussagen des Meinungsoligopols der drei großen US-Agenturen“ sei mitverantwortlich dafür gewesen, dass die Risiken im Finanzmarkt zu spät erkannt wurden. dpa

Sprossen aus Bienenbüttel
Seit Freitag werden wieder Sprossen im niedersächsischen Bienenbüttel hergestellt. Der Landkreis Uelzen hob die Sperrung des Betriebes auf, in dem vor wenigen Wochen Sprossen als wahrscheinliche Ursache der Ehec-Epidemie gefunden worden waren. Da sämtliche Untersuchungen der vergangenen Wochen negativ ausgefallen seien, bestehe kein Grund zu einer weiteren Sperrung, ließ Niedersächsischer Landwirtschaftsminister Gert Lindemann verlauten. Sämtliche Bockshornkleesamen seien nach EU-Vorgaben vernichtet worden. jagr.

BA: 1,9 Milliarden Euro Defizit
Wegen des Aufschwungs am Arbeitsmarkt wird die Bundesagentur für Arbeit (BA) dieses Jahr wohl mit einem deutlich niedrigeren Defizit abschließen als befürchtet. Am Freitag teilte die Nürnberger Behörde mit, das Minus werde voraussichtlich bei 1,9 Milliarden Euro liegen. Ursprünglich war ein Defizit von 5,4 Milliarden Euro eingeplant. Unterdessen kritisierte BA-Vorstandsmitglied Heinrich Alt in der „Frankfurter Rundschau“, dass die Hartz-IV-Gesetze seit Einführung sechzigmal geändert worden seien. Der Aufwand wäre geringer, wenn Ideen gesammelt und dann auf einmal umgesetzt würden. rike.

ANZEIGE

WICKERTS WORTE, WICKERTS WERTE

Nähe

Heute müssten Sie, kluger Kopf bzw. kluge Köpfin, zwischendurch mal Ihre FAZ aus der Hand legen und etwas anderes lesen. Ich habe nämlich ein kleines Experiment mit Ihnen vor. Und das geht so: Wahrscheinlich hat jeder von Ihnen schon mal einen Lebenslauf geschrieben. Kramen Sie das Ding doch bitte jetzt mal raus und lesen Sie es aufmerksam durch. – Fertig? Gut, ich hätte da nämlich mal eine Frage: Sind Sie das? Oder haben Sie das Gefühl, dass Ihr Lebenslauf zwar korrekt ist (will ich zumindest hoffen!), aber so gut wie nichts über Sie aussagt?

Mir geht das so. Ich lese, wann ich geboren wurde, wo ich die Schule besucht habe, an der Uni eingeschrieben war und wann ich wo als gearbeitet habe. Und ich frage mich, wer um Himmels willen kann sich anschließend ein Bild von mir machen? Von mir als Person, als Mensch. Denn warum das alles so gekommen ist in meinem Leben, was ich wann gewünscht, gehofft, getan habe, was Zufall und was Planung war – all das verrät meine Biografie nicht. Nur um das klarzustellen, ich habe nichts gegen Fakten, ganz im Gegenteil. Aber Fakten ohne Bezug, ohne Rahmen, in die ich sie einordnen kann, sind wertlos.

Natürlich ahnen Sie, worauf ich hinauswill: Nähe. Um mir ein realistisches Bild von meinem Gegenüber zu machen, muss ich näher ran. Ran an den Menschen, ran an sein Leben, ran an die Umstände, die Zwänge, die Freiheiten. Bleibe ich auf Distanz, dann entscheide ich nach „Aktenlage“. Ein Begriff, der sich genauso anhört, wie die Entscheidungen sind, die man auf diese Weise trifft.

Nach meiner Beobachtung wird heutzutage leider immer öfter über Menschen und ihr Anliegen nach Aktenlage entschieden. Wie lange nimmt sich Ihr Amt, Ihr Arzt denn Zeit, um mit Ihnen zu sprechen? Und wann hat Ihr Bankberater Sie zum letzten Mal ausreden lassen, ohne Sie mit einer Produkttemp-



Ulrich Wickert

fehlung zu unterbrechen? Haben Sie ihn überhaupt schon mal gesehen oder sitzt er fernab in einem „Finanzzentrum“?

Da lobe ich mir den Finanzberater vor Ort, wie ihn beispielsweise Genossenschaftsbanken bieten. Der sich nicht zu fein ist, dort zu wohnen, wo er arbeitet. Dem muss ich nämlich erstens nicht alles erklären, weil er aus eigener Anschauung weiß, wie meine Welt tickt. Und der mich zweitens wahrscheinlich schon sein halbes Leben kennt und weiß, wie er meine biografischen Fakten einzuordnen hat. Drittens hat er ein gesteigertes Interesse an meinem Erfolg. Warum? Aus einem ganz einfachen Grund: Er will mir nicht nur morgen noch in die Augen sehen können, sondern er muss – schließlich leben, arbeiten und wohnen wir am selben Ort.

Mehr Wickerts Worte, Wickerts Werte: faz.net/werte

Unser Kolumnist Ulrich Wickert, ehemaliger „Mr. Tagesthemen“, schaltet sich immer wieder mit Büchern und Aufsätzen in die Wertedebatte in Deutschland ein. Mehr über seine Werte und die Werte der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken finden Sie auf werte-schaffen-werte.de

Handwerk appelliert an Koalition

Kentzler: Ohne Steuerförderung bleiben Investitionen aus

mas. BERLIN, 15. Juli. Das Handwerk fürchtet um die von der Regierung geplante steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung. „Es ist im gemeinsamen Interesse, dass der Einstieg in die Energiegewende jetzt gelingt und jeglicher Investitionsstimmungs im Bereich der energetischen Sanierung von Gebäuden vermieden wird“, sagte Handwerkspräsident Otto Kentzler dieser Zeitung. Man erwarte jetzt ein Signal der Politik, mahnte er. Die erheblichen Effizienzpotentiale im Gebäudebestand würden nur dann umfassend gehoben, wenn es neben den ordnungsrechtlichen Vorgaben mit Augenmaß und der geplanten Verstärkung der KfW-Programme auch zu steuerlichen Anreizen komme. „Dieser kluge Instrumenten-Dreiklang darf nicht aufgegeben werden“, betonte Kentzler.

Der Bundestag hatte in der vergangenen Woche das Gesetz zur steuerlichen

Förderung energetischer Sanierungen von Wohngebäuden abgelehnt. Die Länder fürchten die mit dem Gesetz verbundenen Steuerausfälle, die sie ebenfalls träfen. Nach einem Gespräch mit Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) sagte Bauminister Peter Ramsauer (CSU) Mitte dieser Woche, die Bundesregierung habe noch nicht entschieden, ob sie den Vermittlungsausschuss anrufen werde. Wenn niemand das Gremium einschalten sollte, das zwischen Bundestag und Bundesrat zu vermitteln hat, wäre der Gesetzentwurf endgültig gescheitert. Wie Ramsauer berichtete, erwägt die Bundesregierung, die Steuermehreinnahmen, die es geben wird, wenn die steuerliche Förderung ausbleibt, für Mehrausgaben zu nutzen: entweder für eine weitere Aufstockung des zinsvergünstigten Kreditprogramms oder für direkte Zuschüsse an Sanierungswillige.

Kritik am Ärztegesetz

Verbraucherschützer: Überversorgung wird nicht bekämpft

rike. BERLIN, 15. Juli. Verbraucherschützer lassen kaum ein gutes Haar an dem Gesetzentwurf, mit dem Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) das Problem der Über- und Unterversorgung mit Ärzten in bestimmten Regionen angehen will. Der Referententwurf des Ministeriums liegt seit Juni vor. Er sieht unter anderem vor, dass die Planungsbezirke für niedergelassene Ärzte neu festgelegt werden sollen – unter Berücksichtigung des demographischen Wandels. Die Kassenärztlichen Vereinigungen sollen Praxen in überversorgten Gebieten aufkaufen und schließen können; in unterversorgten Gebieten sollen Ärzte dagegen Zuschüsse für ihre Praxis-einrichtungen oder den Umzug aus Land bekommen. Den Verbraucherschützern geht das aber nicht weit genug. Vor allem die Überversorgung werde nicht nachhaltig genug angegangen, sagte Ilona Köster-Steinebach vom Verbraucherzentrale Bun-

desverband. Es sei unwahrscheinlich, dass die Kassenärztlichen Vereinigungen wirklich Praxen aufkaufen. Stattdessen müssten aus Sicht der Verbraucherschützer die „unkoordinierten Sonderbedarfszulassungen“ unterbunden werden – dass Ärzte sich also auf Antrag trotz Überversorgung in den gutsituierten Vierteln der Großstädte niederlassen dürfen. Um Ärzte aufs Land zu locken, müssten zudem klassische Versorgungsleistungen wie Hausbesuche besser, technische Leistungen dagegen schlechter vergütet werden. Kritisch sieht der Verband auch die Pläne der Regierung, innovative medizinische Verfahren – deren Zusatznutzen noch nicht abschließend nachgewiesen ist – künftig auch in Arztpraxen und nicht nur in Krankenhäusern ausprobieren zu lassen. Das sei zwar im Interesse der Hersteller, sagte Köster-Steinebach, führe aber zu steigenden Kosten zu Lasten der Versicherten.

Standpunkt: Jagdish Bhagwati

Einige Anekdoten zum Freihandel

ur – am fruchtbarsten, wenn sie die unmittelbare Erfahrung spiegelt. Geschichten sind in der Öffentlichkeit wirksamer als abstrakte oder quantitative Argumente – solange sie Sachargumente belegen,



Jagdish Bhagwati ist Professor für Ökonomie an der Columbia University.

nicht ersetzen. Um solche habe ich mich ebenfalls bemüht, in wissenschaftlichen Texten.

Beginnen wir in Indien vor 1991, also bevor dort als Folge einer Zahlungsbilanzkrise Reformen begannen, Maßnahmen zur Verringerung der Protektion im verarbeitenden Gewerbe eingeschlossen. Die meist schäbigen Produkte und auch die schlechte Qualität handelbarer Dienstleistungen waren bis dahin eine Quelle steter Irritation für Millionen Menschen. Die Ökonomin Padma Desai, die die Arbeit der indischen Zollkommission untersucht hat, zitierte einmal diese Kommission mit den Worten: „In einem indischen Auto macht alles Krach außer der Hupe.“ Freilich war die Kommission in seliger Unwissenheit darüber, dass die

Ursache des Problems just in dem von ihr automatisch gewährten, maßgeschneiderten Schutz vor Importen lag. Zwanzig Jahre später, dank konstanter Verringerung des Einfuhrzolls von mehr als 75 Prozent auf rund 12 Prozent sowie Beseitigung der den privaten Unternehmen auferlegten Beschränkungen des Marktzutritts, hat der Wettbewerb die indische Autoindustrie (und viele andere Sparten) so effizient gemacht, dass die Tatas das gefeierte Mini-Auto „Nano“ auf den Markt gebracht haben und indische Autos Weltniveau erreichen. Endlich funktionieren auch Rasierkliegen so, dass man nicht trotz Rasur wie Johnny Depp aussieht.

Als ich bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde der DePaul Universität in Chicago, der größten katholischen Universität Amerikas, von den dortigen Würdenträgern nach dem Stand der indischen Reformen gefragt wurde, erwähnte ich, dass Indien dank der schlechten Qualität indischer Reißverschlüsse bis zu den Reformen keine Ledergeldbörsen exportieren konnte. Spitzbübisch fügte ich hinzu, dass sich Präsident Bill Clinton – hätte er bloß einen indischen Reißverschluss an seiner Hose getragen – seine ganzen Schwierigkeiten hätte ersparen können. Meinen Zuhörern hat das offenbar gefallen; sie kamen mehrmals auf diesen Witz zurück.

Als ich kürzlich zu Besuch in Rio war, um einen Vortrag über Kapitalbewegungen zu halten auf einer vom Internationalen Währungsfonds und der brasilianischen Regierung organisierten Konferenz, wurde ich gleichsam in das Indien der achtzig Jahre versetzt. Die abgründi-